



Foto: Hamburg 12.10.2019
Demonstration gegen
rechten Terror und Anti-
semitismus.

© Rasande Tyskar,
CC BY-NC 2.0

Klärungsversuche Antisemitismus - Auffassungen und Differenzierungen

Zunehmend steht in Deutschland Antisemitismus öffentlich zur Debatte. Einer der Auslöser sind jüdenfeindliche, stereotype Diskriminierungen und tätliche Angriffe auf Menschen, die eine Kippa tragen, oder bewaffnete tödliche Anschläge, wie auf die Synagoge in Halle (2019). Beweggrund: vernichtender Jüdenhass. Welche Definitionen von Antisemitismus werden aktuell diskutiert?

Neuer Antisemitismus?

Zunächst eine Definition des Politikwissenschaftlers Armin Pfahl-Traughber (2007): „Antisemitismus soll verstanden werden als Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit in diffamierender und diskriminierender Weise negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder gar Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen. (...) Ihnen allen ist das pauschalisierende und stereotype Negativ-Bild von dem ‚Juden‘ oder ‚der Juden‘ eigen und handlungsleitend.“¹

Pfahl-Traughber weist kritisch darauf hin, dass in der deutschen und internationalen Debatte ein „Neuer Antisemitismus“ hinzugekommen sei, der sich von älteren Formen dadurch unterscheidet, dass die Jüdenfeindschaft auf die Rolle des Staates Israel im Nah-Ost-Konflikt bezogen ist. Um eine Verallgemeinerung zu vermeiden, gelte es zu differenzieren: Welche Kriterien sprechen dafür, dass es sich um eine antisemitische Position handelt? Welche Kriterien



Autorin:

RENATE WANIE

ist Vorstandsmitglied
des BSV und freie
Mitarbeiterin in
der Werkstatt für
Gewaltfreie Aktion.

¹ Pfahl-Traughber, Armin (2007): Antisemitismus als Feindschaft gegen Juden als Juden. Ideologieförmigkeiten, Definitionen und Fallbeispiele. In: Aufklärung und Kritik, S. 49-58



Foto links:
Demonstration in Hamburg
nach den Morden in Halle.

© txmx2,
CC BY-NC-ND 2.0,
vom Juli 2021

Foto Mitte:
„Jüd*innen gegen
Islamophobie“. Demo in
Montreal (Kanada) 2017.

© scottmontreal,
CC BY-NC 2.0

Foto rechts:
Hamburg 12.10.2019
Demonstration gegen
rechten Terror und
Antisemitismus.

© Rasande Tyskar,
CC BY-NC 2.0

bestätigen eine berechtigte „Israel-Kritik“, die nicht-antisemitisch ist und sich auf bestimmte Maßnahmen der israelischen Regierung beziehen?

International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)

Im Jahr 2017 wurde die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) von der Bundesregierung übernommen: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“²

Der Nutzen der IHRA-Definition ist für das Erkennen und zur Bekämpfung von Antisemitismus umstritten. Kritisiert wird die zu vage Formulierung sowie der Bezug auf Israel und den Nahost-Konflikt in sieben der elf angefügten Beispiele für Antisemitismus. Moshe Zuckermann, israelischer Soziologe an der Universität in Tel Aviv, kritisiert die IHRA-Definition. Sie erlaube es, „jede Art“ von Kritik an Israel als antisemitisch zu bezeichnen. So werden z.B. in Deutschland Menschen und Initiativen, die sich für eine gerechte Friedenslösung zwischen Israel und Palästina engagieren, zunehmend als antisemitisch bzw. anti-israelisch diffamiert. Diskussionsveranstaltungen wurden bundesweit vielfach abgesagt.

Die „Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus“ (JDA)

Laut der der „Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus“ vom März 2021 wird der Unterschied zwischen antisemitischer Rede und legitimer Kritik am Staat Israel und dem Zionismus in der IHRA verwischt. Unterzeichnet hat die Jerusalem Erklärung eine Gruppe von 200 internationalen Holocaustforscher*innen, u.a. aus Israel und Deutschland. Neben einer Präambel und Definition werden 15 Leitlinien formuliert und mit Beispielen konkretisiert, die „als solche antisemitisch“ und „nicht per se antisemitisch“ sind. So werden z.B. Boykott, Desinvestition und Sanktionen (wie in der BDS-Kampagne) als gängige gewaltfreie Formen politischen Protestes gegen Staaten – auch im Falle Israels – von den Schreiber*innen der Erklärung als nicht antisemitisch bezeichnet; unabhängig davon, ob man/frau „die Ansicht oder Handlung gutheißt oder nicht“. Die JDA-Definition lautet: „Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).“³

Unabhängig von der Antisemitismus-Definition gilt für die gesellschaftliche Realität noch immer der Satz von Hannah Arendt aus dem Jahr 1941: „Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Mond sicher.“

² <https://www.holocaustremembrance.com/de/node/196>

³ <https://jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/2021/03/JDA-deutsch-final.ok.pdf>